Bundesweiter Fachtag
8. Juni 2018 in Berlin

Politische Bildung im Strafvollzug – Konzepte und Zugänge in der Bearbeitung islamistischer und rechtsextremer Ideologien

Die Auseinandersetzung mit und Bearbeitung von menschenverachtenden Ideologien ist ein zentrales Thema im Strafvollzug. Auch, weil Gefängnisse mitunter als Orte der Rekrutierung und Radikalisierung gelten. Dies gilt für rechtsextreme wie für islamistische Szenen. Das Feld der Politischen Bildung im Strafvollzug umfasst unterschiedliche Zugänge und Konzepte in der Prävention und Deradikalisierung dieser Phänomene.

Im Rahmen des Fachtags »Politische Bildung im Strafvollzug – Konzepte und Zugänge in der Bearbeitung islamistischer und rechtsextremer Ideologien« sollen Ansätze, Konzepte und Erfahrungen der politischen Bildungsarbeit zu den Themenfeldern Rechtsextremismus und Islamismus im Strafvollzug diskutiert werden. Dabei stehen insbesondere folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Welche Schnittmengen, aber auch Differenzen gibt es in der Prävention und Deradikalisierung islamistischer und rechtsextremer Ideologien?
- Welche Ansätze und Konzepte stehen hinter den verschiedenen Projekten in der Arbeit mit Gefangenen? Welche Rolle spielt dabei die politische Bildung?
- Sind Ansätze und Projekte aus dem einen in das andere Feld übertragbar? Gibt es ein gemeinsames Handlungsfeld, um den verschiedenen Ideologien zu begegnen?
- Wie können Bildungsprozesse in Justizvollzugsanstalten nachhaltig gestaltet und verschiedene Zielgruppen einbezogen werden?

Bereits im vergangenen Jahr hat das Anne Frank Zentrum in Kooperation mit dem Violence Prevention Network und der Bundeszentrale für politische Bildung einen ersten Fachtag zum Thema »Politische Bildung im Strafvollzug« veranstaltet. Diesen Fachkräfteaustausch für Multiplikator*innen der politischen Bildung, Mitarbeiter*innen der Justizvollzugsanstalten wie auch Fachreferent*innen der Justizministerien möchten wir am **8. Juni 2018** in **Berlin** fortsetzen.

Violence Prevention Network

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Anne Frank Zentrum

Programm 8. Juni 2018 | 10 bis 16.30 Uhr

10.00 Uhr | Begrüßung

Grußworte

Dr. Iris Muth, Referatsleiterin Radikalisierungsprävention, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Martina Gerlach, Staatssekretärin für Justiz, Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

10.30 Uhr | Impulsvortrag

Rechtsextremismus und Islamismus.
Ein gemeinsames Handlungsfeld der Präventionsarbeit?
Michaela Glaser, M.A., Deutsches Jugendinstitut

11.30 Uhr | Impulsvortrag

Rechtsextremismus und Islamismus. Prävention und Intervention im Strafvollzug
Prof. Jens Borchert, Hochschule Merseburg

12.30 Uhr | Mittagspause

13.30 Uhr | Workshopphase I

Praxisfeld 1 – Geschichte und Politik
Roman Guski, Anne Frank Zentrum
Helmut Heitmann, Cultures Interactive e.V.

Praxisfeld 2 – Religion und Politik
Sarah Hiron, Jüdisches Museum Berlin
Chalid Durmosch/Ron Weber, Violence Prevention Network

Praxisfeld 3 – Kultur und Politik
Holger Syrbe, Gefängnistheater »Aufbruch«
N.N., Förderverein JVA Holzstraße

14.30 Uhr | Kaffeepause

15.00 Uhr | Workshopphase II
(Fortsetzung in den Workshops 1, 2 und 3)

16.00 Uhr | Berichte aus den Workshops und Abschlussdiskussion

16.30 Uhr | Ende der Veranstaltung

Veranstaltungsort

Altes Stadthaus
Klosterstraße 47
10179 Berlin

Anmeldung

Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bitte bis zum **20. Mai 2018** verbindlich an unter:
www.annefrank.de/termine

Die Teilnahme ist kostenlos. Es steht ein begrenztes Kontingent an Übernachtungen zur Verfügung.

Bei Fragen wenden Sie sich gern an:

Roman Guski, Anne Frank Zentrum
guski@annefrank.de
Tel: +49 (0)30 288 86 56 34

Der Fachtag »Politische Bildung im Strafvollzug – Konzepte und Zugänge in der Bearbeitung islamistischer und rechtsextremer Ideologien« wird in Kooperation mit der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung umgesetzt.
Die Veranstaltung wird gefördert aus dem Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

be Berlin
Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!